

Eigenerklärung zur Eignung

(bei Bewerber-/Bietergemeinschaften von jedem Mitglied vorzulegen)

1. Erklärung zur Zuverlässigkeit

Ich/Wir erkläre(n), dass keine schwere Verfehlung vorliegt, die meine/unsere Zuverlässigkeit als Bewerber / Bieter in Frage stellt. Zu solchen Verfehlungen gehört insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- a) rechtskräftiges Urteil innerhalb der letzten 2 Jahre gegen Mitarbeiter mit Leitungsaufgaben wegen
- Bildung einer kriminellen und einer terroristischen Vereinigung u.ä. (§§ 129, 129a, 129b StGB),
 - Geldwäsche (261 StGB),
 - Bestechung (§ 334 StGB), Vorteilsgewährung (§ 333 StGB),
 - Diebstahl (§ 242 StGB), Unterschlagung (§ 246 StGB),
 - Erpressung (§ 53 StGB),
 - Betrug (§ 263 StGB), Subventionsbetrug (§ 264 StGB), Kreditbetrug (§ 265b StGB), Untreue (§ 266 StGB),
 - Urkundenfälschung (§ 267 StGB), Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB),
 - Delikte im Zusammenhang mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB),
 - wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB),
 - Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB),
 - Sabotagehandlungen an Verteidigungsmitteln (§ 108e StGB),
 - Brandstiftung (§ 306 StGB),
 - Bauegefährdung (§ 319 StGB),
 - Gewässer- und Bodenverunreinigung (§§ 324, 324a StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen (326 StGB),
- die mit Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde.

Bauvorhaben:

- b) rechtskräftige Entscheidung innerhalb der letzten 2 Jahre gegen Mitarbeiter mit Leitungsaufgaben wegen
- Berufsverbot (§ 70 StGB),
 - vorläufigem Berufsverbot (§ 132a StPO),
 - Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO),
- c) Verurteilung in den letzten 2 Jahren oder aktueller Verstoß oder anstehende Entscheidung betreffend
- § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 i.V.m. § 8 Abs. 1 Nr. 2, §§ 9 bis 11 des Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetzes,
 - § 404 Abs. 1 oder 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch,
 - §§ 15, 15a 16 Abs. 1 Nr. 1, 1b oder 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes,
 - § 266a Abs. 1 bis 4 des Strafgesetzbuches mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 €
 - § 21 Abs. 1 i.V.m. § 23 des Arbeitnehmerentsendegesetzes,
 - § 21 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 €

Einem Verstoß gegen diese Vorschriften stehen Verstöße gegen vergleichbare Straftat- und Bußgeldtatbestände anderer Staaten gleich.

Mir/Uns ist bekannt, dass seitens der Vergabestelle noch keine Informationen hinsichtlich etwaiger früherer Ausschlüsse meines/unseres Unternehmens von Vergabeverfahren oder Verfehlungen, die zu Eintragungen in das Vergaberegister des Landes NRW führen können, eingeholt wurden.

Der Bieter versichert hiermit, dass keine Verfehlungen vorliegen, die seinen Ausschluss von der Teilnahme am Wettbewerb rechtfertigen könnten oder zu einem Eintrag in das Vergaberegister führen könnten.

2. Erklärung zu Insolvenzverfahren und Liquidation

Ich/wir erkläre/n, dass

Bauvorhaben:

- ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde,
- ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde
- sich mein/unsere Unternehmen nicht in Liquidation befindet.

3. Erklärung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Falls mein/unsere Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir auf Anforderung des Auftraggebers eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG vorlegen.

4. Erklärung zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft

Ich bin/Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft.

Falls mein/unsere Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir auf Anforderung des Auftraggebers eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für mich/uns zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen vorlegen.

5. Erklärung zum Gewerberegister

Ich/Wir erkläre(n), dass mein/unsere Unternehmen gewerberechtlich ordnungsgemäß angemeldet ist, bzw. entsprechende gewerberechtliche Erlaubnisse erteilt wurden und dass es im entsprechenden Register eingetragen ist, sofern dies gesetzlich vorgeschrieben ist.

Falls mein/unsere Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir auf Anforderung des Auftraggebers, sofern nicht bereits gefordert, einen aktuellen Gewerberegisterauszug vorlegen.

Bauvorhaben:

6. Erklärung zur Einhaltung von Sicherheitsvorschriften

Ich/Wir erkläre(n), dass mein/unser Unternehmen die

- staatlichen Sicherheitsvorschriften, nämlich insbesondere Arbeitsschutzgesetz und Arbeitssicherheitsgesetz einschließlich der dazugehörigen Rechtsverordnungen einschließlich ArbeitsstättenV, DruckluftV, GefahrstoffV, BetriebssicherheitsV, PSA-BenutzungsV und LastenhandhabungsV,
 - die Sicherheitsvorschriften der Berufsgenossenschaften
- einhalten.

7. Erklärung zur Schwarzarbeit

Ich/Wir erkläre(n), dass mein/unser Unternehmen die gesetzlichen Bestimmungen gegen Schwarzarbeit, illegale Arbeitnehmerüberlassung, und gegen Leistungsmissbrauch i.S.d. Dritten Sozialgesetzbuches und die Bestimmungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und Mindestarbeitsbedingungengesetzes einhalten.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir auf Anforderung des Auftraggebers personenbezogene Daten (insbesondere Name, Vorname, Geburtsname, Geburtsdatum, Geburtsort, Wohnanschrift) betreffend Arbeitnehmerentsendungen und Mindestarbeitsbedingungen mitteilen.

8. Einholung von Erklärungen durch Nachunternehmer

Ich/wir verpflichte/n mich/uns, die vorstehenden Erklärungen auch von Nachunternehmern zu fordern und vor Vertragsschluss bzw. spätestens vor Zustimmung des Auftraggebers zur Weiterbeauftragung vorzulegen.

9. Erklärung zum Wettbewerb

Der Bieter versichert, dass er sich im Zusammenhang mit der Vergabe dieses Auftrages nicht an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache oder Abstimmung beteiligt hat. Dies betrifft insbesondere die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten sowie die Leistung von konkreten Planungs- und Ausschreibungshilfen, die dazu bestimmt sind, den Wettbewerb zu beeinflussen oder

Bauvorhaben:

auf unrechtmäßige oder unlautere Einflussnahme auf das Vergabeverfahren hindeuten. Ebenfalls umfasst sind Abreden über zu fordernde Preise oder sonstige Entgelte, Gewinnaufschläge oder sonstige Preisbestandteile, Zahlungs-, Lieferungs- und andere Bedingungen, Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen, Gewinnbeteiligungen oder andere Abgaben oder sonstige wettbewerbsbeschränkende Absprachen. Der Bieter versichert, sich durch entsprechende Absprachen auch keinen unzuverlässigen Informationsvorsprung verschafft zu haben.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zu Folge haben und mein/unser Unternehmen bis zur Dauer von zwei Jahren von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden und eine Meldung des Ausschlusses sowie der Ausschlussdauer an die Informationsstelle/das Vergaberegister NRW nach sich ziehen kann.

Im Falle der Auftragserteilung sind sich die Parteien darüber einig, dass der Auftraggeber im Falle des Verstoßes gegen diese Pflichten 3% der Schlussrechnungssumme als pauschalen Schadenersatz verlangen kann, es sei denn, der Bieter weist nach, dass ein Schaden oder eine Wertminderung nicht entstanden oder geringer als die Pauschale ist. Umgekehrt ist die Geltendmachung eines weiteren Schadens durch den Auftraggeber nicht ausgeschlossen.

Der Auftraggeber ist berechtigt, diesen Anspruch gegen den Vergütungsanspruch des Bieters aufzurechnen. Dies gilt auch für etwaige Schadenersatzansprüche, die dem Auftraggeber im Zusammenhang mit früheren Verstößen zustehen und gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist. Weitere vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

Unbeschadet des Schadenersatzanspruchs ist der Auftraggeber bei Verstoß des Bieters gegen die vorstehende Erklärung des Bieters bzw. die vorgenannten Pflichten berechtigt, den abgeschlossenen Vertrag aus wichtigem Grund sofort und ohne Abmahnung und bzw. Nachfristsetzung zu kündigen.

Unterschrift/en

Ort, Datum

Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift/en